

Beschluss Ernsthafte Bemühung

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Der Landesverband BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Sachsen-Anhalt spricht sich dafür aus,
2 den Klimaschutz zu stärken und in Sektoren mit hohen Emissionen neue
3 Anstrengungen zu unternehmen, um unser Klima zu bewahren.

4 Klimaschutz bleibt wichtig

5 Der April begann mit außergewöhnlich hohen Temperaturen. Der Deutsche
6 Wetterdienst stellte fest, dass viele Messstationen neue Höchstwerte für die
7 ersten Tage des Aprils gemessen hatten. Dieser ungewöhnlich warme April folgt
8 auf den wärmsten März, dem der wärmste Februar vorausging. Schon das Jahr 2023
9 stellte einen Rekord für die höchste Durchschnittstemperatur in Deutschland seit
10 1881 auf und toppte damit den vorherigen Rekord aus dem Jahr 2022. Daraus ergibt
11 sich ein Bild, in dem Deutschland in den vergangenen Jahren immer schneller
12 immer höhere Temperaturen erfährt.

13 Nach seriösen wissenschaftlichen Prognosen müssen wir uns auf die weitere
14 Erwärmung unserer Umwelt einstellen. So bedeuten schon moderate Szenarios, in
15 denen die Emissionen erst ab Mitte des Jahrhunderts sinken, dass sich die Erde
16 am Ende des Jahrhunderts um 2,7 Grad erwärmt hätte. Das entspricht grob dem
17 Zeitplan, den sich die Länder aus dem Pariser Klimaabkommen gesetzt hatten. Doch
18 jedes Zehntel Grad Erwärmung erhöht die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterlagen
19 dramatisch. Das zeigt: wenn wir nicht ganz entschlossen umsteuern, werden wir
20 uns an außergewöhnliches Wetter bis hin zu häufig auftretenden Naturkatastrophen
21 gewöhnen müssen.

22 Zur Vermeidung solcher Szenarien hatte die alte Bundesregierung ein
23 Klimaschutzgesetz verabschiedet und nach einem Urteil des
24 Bundesverfassungsgerichts verschärft. Dieses Gesetz erkennt die Bedeutung von
25 wirksamen Klimaschutz und verpflichtet die Regierung zu strengen
26 Jahresemissionszielen. So, wie es Mensch und Natur auf dieser Erde verdient
27 haben.

28 Gegenwärtige Umsetzung

29 Auch die neue Bundesregierung aus SPD, FDP und GRÜNEN war an dieses Gesetz
30 gebunden. Doch insbesondere in den Sektoren Gebäude und Verkehr fehlen
31 ambitionierte Maßnahmen, um die Ziele zu erreichen. Erst im März hat die
32 Bundesregierung Revision gegen ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-
33 Brandenburg eingelegt, das die Regierung wegen Verstoßes gegen das bisherige
34 Klimaschutzgesetz zu Nachbesserungen verurteilte.

35 Weil der Bundesverkehrsminister sich scheinbar nicht in der Lage dazu sieht,
36 Klimaschutz im Verkehrsbereich wirksam umzusetzen, wird seit Juni letzten Jahres

37 eine Novellierung des Klimaschutzgesetzes vorangetrieben. Mitte April gab es
38 eine Einigung, bei der die GRÜNEN in Regierungsverantwortung den Forderungen der
39 FDP und insbesondere von Verkehrsminister Volker Wissing nachgaben. Die scharfe
40 Trennung der Sektoren, die dazu führte, dass der zuständige Minister in
41 Verantwortung genommen wurde, entfällt. Stattdessen soll sektorübergreifend die
42 gesamte Regierung für die Einhaltung zuständig sein. Kurz gesagt: Die
43 Ministerien mit den größten Aufgaben im Klimaschutz stellen sich nicht ihrer
44 Verantwortung! .

45 Damit kommt Deutschland gerade im Mobilitäts- und Gebäudebereich in Sachen
46 Klimaschutz nicht angemessen voran , während fast zeitgleich der Europäische
47 Gerichtshof für Menschenrechte die Schweiz wegen mangelnden Klimaschutzes
48 verurteilt hat. Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021
49 verpflichtet die Bundesregierung nach wie vor, die Grundrechte zukünftiger
50 Generationen durch effektiven Klimaschutz in der Gegenwart zu schützen. In einer
51 Zeit, in der dringend notwendige Investitionen durch ein Festhalten an der
52 Schuldenbremse zur vermeintlichen finanziellen Besserstellung zukünftiger
53 Generationen ausgebremst werden, sollte mit gleicher Energie an der Erhaltung
54 einer lebenswerten Erde gearbeitet werden.

55 **Verlässlichen Klimaschutz jetzt**

56 Die GRÜNEN in Regierungsbeteiligung müssen auch endlich auf effektive Maßnahmen,
57 insbesondere im Verkehrsbereich bestehen, damit die Einhaltung der Klimaziele in
58 diesem wichtigen Sektor nicht immer weiter verschoben wird. Die
59 Verkehrsminister*innen des Bundes und der Länder müssen sich voll und
60 verlässlich hinter nachhaltige Verkehrsmodelle stellen.

61 Auf Landesebene fordert BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Sachsen-Anhalt ein verbindliches,
62 ambitioniertes und kontrollierbares Klimaschutzgesetz. Nur so kann die
63 Landesregierung auch auf Landesebene dem Urteil des Bundesverfassungsgericht
64 gerecht werden und langfristig die Voraussetzungen für ein klimaneutrales Land
65 schaffen. Das Zögern und Zaudern der Landesregierung in Sachen Klimaschutz muss
66 ein Ende haben!

67 Damit positioniert sich der Landesverband kritisch gegen die Aufweichung des
68 Klimaschutzgesetzes auf Bundesebene. BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Sachsen-Anhalt sehen
69 darin einen Rückschritt in der Klimapolitik, der das bisher Erreichte zu
70 überschatten droht. Die Abkehr von kontrollierbaren Verantwortungsbereichen ist
71 ein Fehler, darf aber erst Recht nicht zur Aufweichung der Klimaziele führen.
72 Hier hat die Bundesregierung eine politische und juristische Verpflichtung, der
73 sich kein Koalitionspartner entziehen darf.

Begründung

Mit dem neuen Gesetz soll der Blick zudem in die Zukunft gerichtet und weniger gerichtlicher Kontrolle unterzogen werden. Das ist für einen FDP-Verkehrsminister verständlich, der in der Vergangenheit wegen unzureichenden Klimaschutzes und Arbeitsverweigerung bei der Nachbesserung bereits verurteilt wurde. Dass sich Grüne an dieser Aufweichung von verbindlichem Klimaschutz beteiligen, ist nur schwer hinzunehmen.

Schon angesichts derzeitiger Widerstände in Teilen der Regierung, wirksame Maßnahmen zum Emissionsrückgang zu ergreifen, ist es beunruhigend, dass nun dieselben Sektoren noch größere Mengen aufgrund eines weniger kontrollierbaren Gesetzes umsetzen sollen. Es steht nicht zu erwarten, dass die betroffenen Sektoren in Zukunft die nötigen Emissionsreduktionen bewirken. Die Bundesregierung schiebt den Klimaschutz trotz der Veränderungsnot auf die lange Bank.

Der Landesverband sollte sich dem widersetzen und zum Erhalt der eigenen Glaubwürdigkeit und der Klimaziele auf stärkere Anstrengungen beim Klimaschutz auf Bundes- und Landesebene drängen.